

AStA TU Darmstadt

Hochschulstraße 1

64289 Darmstadt

06151- 162117

0160 - 96774068

Darmstadt, 28. Juni 2004

HHG- Novelle bringt vieles zum Einsturz: KEIN SEMESTERTICKET MEHR; 150 STUDI- Jobs weniger in Darmstadt; keine Orientierungswochen und vieles mehr.

Noch ein Nachtrag zu den Neuerungen im hessischen Hochschulgesetz.

Die Einschränkung im Bereich der verfassten Studierendenschaft bedeuten für Darmstadt und auch die anderen hessischen Studierenden das folgende:

- wenn bei geringer Wahlbeteiligung 75 Prozent der eingenommenen Mittel gestrichen werden, wird es kein Semesterticket mehr geben. Das Semesterticket gibt es nur, weil dieses zwischen den ASten und dem RMV ausgehandelt wurde und die ASten auch den Beitrag hierfür erheben und an den RMV weiterleiten. Des weiteren werden auch soziale Härtefälle und die Rückerstattung des Semesterticketbeitrags für Studierende, die ins Ausland gehen, durch festangestellte Bürokräfte erledigt.
- Alles was die TU Darmstadt für Studierenden attraktiv macht, wenn man den Hochschulsport und das Studium an sich mal außer Acht lässt, wird zusammenbrechen. Die Veranstaltungshalle 603qm, der Schlosskeller, Fachschaftsfeten, kulturelle Feste der Hochschulgruppen, u.v.m. Das alles wird es dann nicht mehr geben.
- 150 Studierende verlieren ihren Nebenjob in Darmstadt und vier festangestellte Personen müssen dank Herrn Koch und Herrn Corts überlegen, wie Sie in Zukunft Ihre Familien ernähren. Nebenjobs für Studierende sind im Moment sowieso schon knapp. Wer Studiengebühren und hohe Verwaltungsgebühren finanzieren muss, der braucht auch einen Nebenjob und bekannt ist auch, dass die Mieten in Darmstadt auch nicht gerade

Schnäppchen sind.

- Bei nur 25 Prozent Einnahmen wird das Serviceangebot eingeschränkt werden müssen, da weder die Ressourcen noch das Personal bezahlt werden kann. Ehrenamtlich kann man von den Studierenden, die sich im AStA engagieren nicht verlangen, dass das Büro mehr als vier Stunden täglich geöffnet ist: hier kann man Busse zum Umziehen leihen (die können dann auch nicht finanziert werden), Fragen aller Art stellen, wenn man mit diesem und jenem an der Uni nicht klar kommt; hier gibt es eine Sozialberatung; den internationalen Studierendenausweis, Zeitungen um sich Jobs und Wohnungen zu suchen und natürlich vieles mehr....
- 75 Prozent der Orientierungswochen für StudienanfängerInnen werden nicht mehr stattfinden können. Diese werden von den Fachschaften organisiert und durchgeführt. Der AStA unterstützt dies finanziell wie auch mit der kompletten Infrastruktur, wie PCs, Drucker, Kopierer etc. Auch sonstige Fachschaftsarbeit ist ohne den AStA und seine Infrastruktur nicht mehr denkbar
- Ein AStA ohne Geld bleibt ein AStA, das ist richtig. Doch dann wird sich die Arbeit endlich darauf beschränken, ab und an mal ein Flugblatt zu drucken aber mehr auch nicht. Es wird endlich – wie sich das Präsidium der TU Darmstadt wohl schon länger wünscht – keine kritische Studizeitung (wie z.B. Zoon Politikoon und Inhaltsverzeichnis) mehr geben, keine lästigen Pressemitteilungen und auch sonst nichts....

Und so wächst dann endlich alles zusammen, was zusammen gehört: das Präsidium hat uns als Studierendenvertretung die Unterstützung entsagen lassen. Von hier aus brauchen wir also keine Unterstützung mehr erwarten. Ein Unternehmen braucht keinen kritischen Betriebsrat, ein wettbewerbsorientiertes Hochschulmanagement keinen nervenden AStA. Solange wir nicht wirklich gestört haben und uns nur um solche Dinge wie die Wohnungsprobleme usw. gekümmert haben, waren wir gut... Jetzt halt nicht mehr....

In diesem Sinne

Bianca Hildenbrand (noch Finanzreferentin) 0160- 96774068

Steffen Falk (noch HoPo- Referent)

ASTa der TUD mißbilligt Entwurf des neuen Hessischen Hochschulgesetzes

Pressesprecher Holger Siche: „Hessen festigt Vorreiterrolle in unsozialer Bildungspolitik.“ / Hochschulpolitikreferent Steffen Falk: „Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen erheblich verbessert – massenhafte Verdummung neu organisiert.“

Darmstadt - Nicht für das Leben, sondern für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit sollen hessische Studierende lernen. Die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes schafft tatsächlich in einem ellenlangen Papier nur an einer einzigen Stelle Bedürfnisse und Interessen von Studierenden zu erwähnen: Da wo es ums liebe Geld geht.

Nein, es geht der hessischen Landesregierung nicht um Wissensvermittlung. Es geht ihr nicht um die massenhafte Verbreitung der neuesten Erkenntnisse und auch nicht darum, möglichst viele Menschen möglichst klug und schlau werden zu lassen. Genau das will sie verhindern.

Zu den so genannten Kernpunkten des Hessischen Hochschulgesetzes:

Vorantreiben des Bologna-Prozesses, um auf europäischer Ebene die Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Studienabschlüsse zu erreichen:

Als ob nicht schon längst verglichen würde, und das auch weltweit! - Verschulung, reine Ausbildungsgänge nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. Was passiert aber, wenn diese nach fünf Jahren wieder nicht weiß, wo ihr das Wasser steht und warum die Leute so dumm zu ihnen kommen. Dass von dem ganzen Unsinn aus wissenschaftlicher Sicht wenig zu halten ist, beweisen solche Studienabschlusstitel wie der an der TU geplante „Master of Competence“

Einführung von Juniorprofessuren unter Aufrechterhaltung des Qualifikationsweges und die Einführung der neuen Professorenbesoldung:

Hier zeigt sich einmal mehr der Anspruch, aus den Universitäten ein gut funktionierendes Unternehmen zu machen. Mit der Einführung von Juniorprofessoren und der damit zusammenhängenden Besoldung werden in erster Linie Kosten minimiert. Die Maßnahme dient unserer Meinung nach nicht dazu, die Qualität der Lehre an den Universitäten zu erhöhen. Die Förderung junger Menschen ist erstrebenswert, allerdings nicht auf der Basis von sogenannten 5,- Euro-Jobs. Die Möglichkeit, eine Juniorprofessur anzunehmen, kann schnell zu einem Zwang ausarten, um im Unibetrieb Fuss zu fassen. Dort wiederum werden die Mittel gekürzt, besserbezahlte Dozenten werden im Zuge der Einsparungen dem günstigeren Nachwuchs Platz machen müssen.

Erweiterung des Hochschulzugangs für besonders Begabte und für Personen mit beruflichen Abschlüssen:

So einen Unfug können nur Politiker verzapfen, die wirklich und wahrhaftig davon überzeugt sind, es mit begabten und weniger oder gar nicht begabten Schulabgängern zu tun zu haben. „Ein Wissenschaftsminister, für den die Sozialstudie des Deutschen Studentwerks ein Buch mit sieben Siegeln ist, interessiert sich natürlich nicht für die materiellen Ausgangsbedingungen und Zugangsvoraussetzungen wissbegieriger Fünfzehnjähriger“, so Holger Siche.

Verkürzung der Studienzeiten:

Eine netter Gedanke ist dies an und für sich! Wer möchte schon länger als nötig im betongrauen Elfenbeintürmen sein Dasein fristen und vor lauter Klugheit am Ende nicht mehr denken können? Das Problem, das wir hierin sehen, ist wie so oft die Einrichtung neuer Zwänge. „Es ist schlichtweg ein Skandal, dass junge Menschen auf Kenntnisse getestet werden, anstatt ihnen diese zu vermitteln!“, so Steffen Falk.

Wir lehnen Eignungstests und Auswahlverfahren ab. Die bestehende Orientierungslosigkeit resultiert aus der Tatsache, dass die Studienanfänger von Beginn ihres Studiums an in ein Korsett gezwängt werden, welches sie zu bedingungslosen Streben nach Leistungsnachweisen drängt. Den Sinn und Zweck des Gelernten zu hinterfragen ist dabei nicht erwünscht, eine sinnvolle und kritische Reflektion wird verhindert.

Einführung von Premium-Studiengängen

Natürlich ist der Kunde auch an einer hessischen Hochschule König. Und der kann wie in einem Supermarkt auch nur dann erwarten, dass seine Bedürfnisse befriedigt werden, wenn er das nötige Kleingeld vorweist. „Die Guten in Töpfchen – die schlechten ins Kröpfchen.“ Die klassische Sortierung des Ausbildungswesens gestaltet sich wie folgt: Die Einteilung in nützliches Humankapital auf der einen und nicht benötigten Bildungsschnorrern auf der anderen Seite; in erster Linie nach Leistung.

Der Hessische Wissenschaftsminister geht mit einer nicht zu überbietenden Dreistigkeit davon aus, dass nicht alle Studierenden „ein qualitativ hochwertiges Studienangebot wahrnehmen“ wollen und richtet auch deswegen gleich die Zwänge zu dem nur einer Minderheit unterstellten Bedürfnis ein: Geld und nichts anderes soll den Zugang zu Spitzenwissen und „einer intensiven Betreuung“ für Interessierte sichern. Die Wahrheit ist also schlichtweg die, dass sich die meisten Studienwilligen ein qualitativ hochwertiges Studienangebot nicht leisten können. Dies ist die von uns seit langem befürchtete Zwei-Klassen-Bildung.

Welche Premium-Pilssorte für die Namensgebung bei trauriger bierseeliger Stimmung Pate stehen musste, würde uns dann aber doch noch interessieren.

Stärkung des Hochschulpräsidiums:

Der Rektor als Unternehmer. Ein Schelm wer böses dabei denkt und bei diesen ganzen zynischen und menschenverachtenden Parallelen zu Wirtschaftsstrukturen eine Absicht unterstellt.

Neubestimmung der Aufgaben und der Organisationsstruktur der Studentschaft, Neuregelung der Gebührenerhebung:

Für jemanden, der selbst mit der Herrschaft über andere Menschen beauftragt wurde, scheint es wohl ein Unding zu sein, dass Betroffene ihre Interessen selber formulieren und auch umsetzen können. Man kann drüber lachen: „Der Senat (also nicht die Studentschaft selbst, Anm. AstA) erhält die Möglichkeit, Aufgaben und Organisationsstruktur der Studentschaften neu zu bestimmen.“

Bildung und Wissenschaft sind, so viel wird deutlich, nicht dazu bestimmt, diese Gesellschaft zu begreifen und sie dann womöglich auch noch zu kritisieren. Nein, der Nachwuchs hat das, was er vor findet, was ihm an angeblichen Erkenntnissen über diese Welt eingetrichtert wird, lediglich zu akzeptieren und zu verbessern.

Als Anbieter von Servicedienstleistungen hochwillkommen, als selbst organisierter Widerstand gegen die Willkür von Professoren, gegen die Allmacht des Präsidiums, gegen den Angriff auf studentische Selbstbestimmung und Politik und Kultur ein lästiges